Blickwinkel

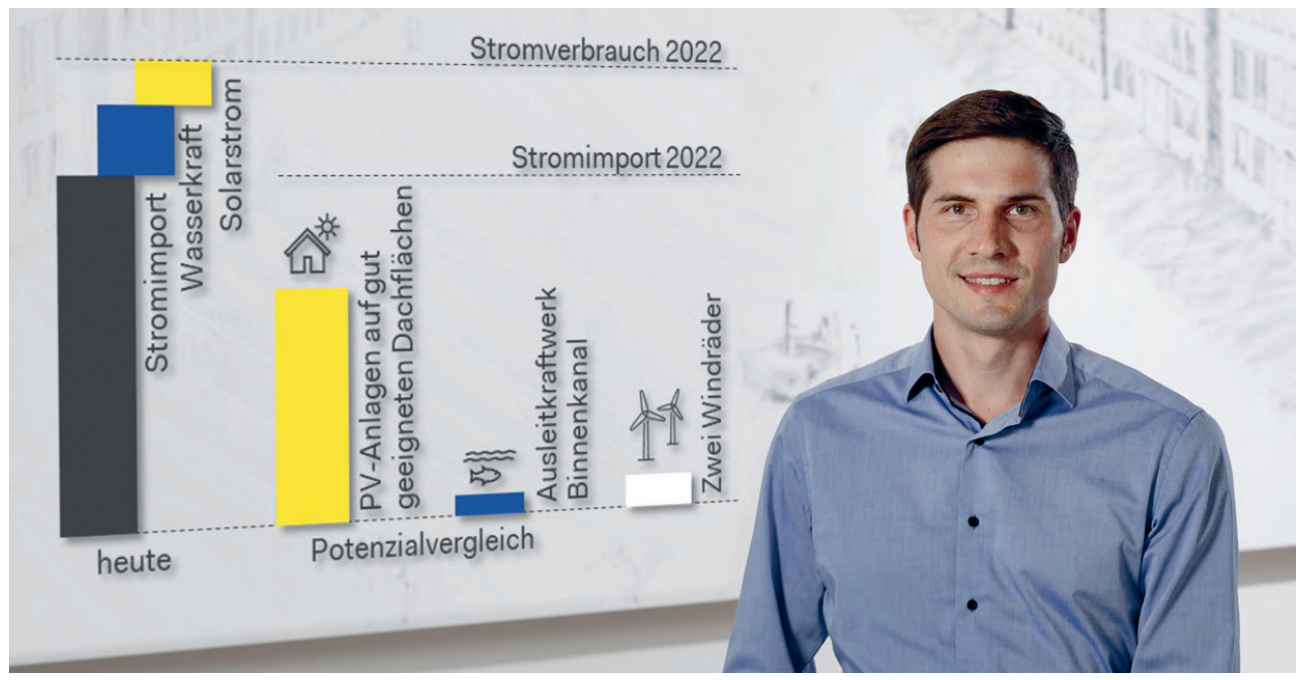
Samstag, 7. Oktober 2023

Argumente und Meinungen der FBP

Hoher Preis für vermeintlich billigen Strom

Standpunkt des Abgeordneten Sebastian Gassner

In der Oktober-Landtagssitzung wurde eine aufwändige Prüfung eines Wasserkraftwerkes im Ruggeller Binnenkanal mit guten Argumenten und grosser Mehrheit abgelehnt. In einem weiteren Traktandum wurde die Forderung nach einem staatlichen Strompreisdeckel von denselben Antragstellern der DpL fallen gelassen.



FBP-Landtagsabgeordneter Sebastian Gassner zieht angesichts der grossen Potenzialunterschiede eine negative Bilanz zum Kosten-Nutzenverhältnis eines Ausleitkraftwerkes im schönen Binnenkanal.

Das Rheintal gehört zu einer der innovativsten Wirtschafts- und Industrieregionen. Es ist also keine Selbstverständlichkeit, dass wir uns dennoch jeden Tag an einer atemberaubenden Landschaft erfreuen dürfen. Angesichts dieser Situation ist es erstaunlich, dass unsere Landeshymne heute noch top aktuell ist: «Hoch lebe Liechtenstein blühend am jungen Rhein, glücklich und treu.» Doch wegen natürlichen Verknappungen und **aus Angst vor steigenden Energiepreisen geraten nicht nur unsere Gewässer, sondern auch die letzten blühenden Naherholungsgebiete unter Druck.**

Auch das Turbinieren des Ruggeller Binnenkanals kann weitreichende und unumkehrbare Folgen haben. Dabei hat gerade der Binnenkanal neben dem ökologischen Mehrwert auch eine wichtige Entwässerungsfunktion. Bei der Installation eines Windrades oder einer PV-Anlage kann hingegen jederzeit der Ursprungszustand wiederhergestellt werden.

Die produzierte Strommenge des besagten Kanalkraftwerkes entspricht etwa einem Zehntel der Strommenge, die mit PV-Anlagen – allein auf gut geeigneten Dachflächen – produziert würde. Und bei den geringen Wassermengen im Winter dürfte bereits ein einziges Windrad ähnlich viel Strom liefern. Technologischer Fortschritt und Innovation ermöglichen es uns, ohne unser Land zuzubetonieren, ausreichend Energie zu gewinnen oder die Energie effizienter zu nutzen. Wir stehen erst am Anfang dieser Umsetzung.

Grundsätzlich stehe ich der Haltung ohnehin kritisch gegenüber, dass allein der Staat oder einzelne Grosskonzerne für die Energieversorgung der Bevölkerung zuständig sein sollen. Ein schlanker Staat ist primär für die passenden Gesetze und Rahmenbedingungen verantwortlich, um den privaten Ausbau der Energieerzeugung zu beschleunigen. Desto mehr Produzenten ihre Energie in den Markt einspeisen, desto günstiger wird das Angebot für die Konsumenten.

Von staatlichen Energiemonopolen oder einem staatlich verordneten Strompreisdeckel halte ich wenig. Damit wird genau das Gegenteil erreicht. Es entsteht eine staatliche Abhängigkeitsspirale und private Investitionen werden unattraktiv. So hätte ein übereilter Strompreisdeckel auch dazu geführt, dass die Einführung eines freien Mitbewerbers auf dem Strommarkt verhindert worden wäre.

Versteckte Subventionen dieser Art haben trotz Etikettenschwindel ein miserables und unkalkulierbares Kosten-Nutzenverhältnis. Das pragmatische Entlastungspaket der Regierung wirkt sich hingegen nur minimal auf die Staatsfinanzen aus. Ein Vierpersonenhaushalt mit einem Einkommen unter 100 000 Franken erhält eine Unterstützung von mindestens 1200 Franken. Diese Hilfe ist bedeutend effektiver als der vorgeschlagene Strompreisdeckel. So war es wenig überraschend, dass die Herren von der DpL selbst ihrem eigenen Antrag nicht mehr zugestimmt haben.

Beim Auftrag zur Prüfung eines Wasserkraftwerkes bin ich angesichts der ablehnenden Stellungnahmen, unter anderem von der Standortgemeinde Ruggell, ebenfalls davon ausgegangen, dass der Prüfungsauftrag von den Antragstellenden selbst fallengelassen wird.

Dank einer grossen Landtagsmehrheit bleibt uns dieser **enorme Prüfungsaufwand, gefolgt von vielen teuren Gutachten und aussichtslosen Rechtsstreiten,** vorerst erspart.

Landtag

Reform oder nicht?

Bereits vor über 10 Jahren setzte der Landtag eine Kommission (BLK) für eine umfassende Reform ein. Ich durfte damals Teil dieser BLK sein und wir hatten grosses vor, um den Landtag moderner und effizienter zu machen. Auch die damalige BLK musste bei ihrem Vorhaben zur Reform des Landtags zurückrudern. Es blieben zwar einige gute Erneuerungen, mehr nicht. Neues von damals steht heute wieder vor der Abschaffung, weil es der Landtag bisher m.E. nicht verstand die ‹aktuelle Stunde› richtig einzusetzen. Sie wäre eine tolle Möglichkeit das Selbstverständnis des Landtags mit Inhalt zu füllen. Anstatt vorgefertigte Voten herunterzulesen, könnte dieses Gefäss dazu genutzt werden, um zu diskutieren, debattieren und um Lösungen feilschen. Dies wurde leider bis heute nicht adäquat umgesetzt und somit ist man mit diesem Gefäss bisher am Ziel vorbeigeschossen.
Wo stehen wir heute im Vergleich zu vor 10 Jahren? Annähernd an derselben Stelle behaupte ich. Es wird nach wie vor vom Aussenbild, von Effizienz und vom Nutzen der Stellvertreter gesprochen. Damals wie heute. Die Diskussion in der Aktuellen Stunde im Oktober-Landtag zeigte, dass nach wie vor dieselben Argumente und Schwachstellen angeführt werden.
Es wäre an der Zeit, dass der Landtag sich selbstbewusst ein Budget für eine Reform gibt. Fachleute einsetzt, im Landtagssekretariat oder auch extern, um eine machbare Reform zu erarbeiten. Die Vorschläge müssen von neutraler Stelle kommen, nicht von den Parteien oder dem Landtagspräsidium. Alle grossen Vorhaben werden ansonsten ‹verpolitisiert›. Eine grosse Idee muss mit kleinen, verdaulichen Schritten realisiert werden können, ansonsten ist das Scheitern vorprogrammiert.

Rainer Gopp
Parteipräsident

Windkraft – der nächste logische Schritt

Kommentar des Abgeordneten Sascha Quaderer

Es besteht ein politischer Konsens, den Eigenversorgungsgrad von Strom zu erhöhen. Beim Wie ist es aber bereits vorbei mit der Einigkeit. Dabei ist aus meiner Sicht klar, was der nächste Schritt sein sollte.

Die Wasserkraft wurde bereits vor geraumer Zeit im Land nutzbar gemacht. Heute sind kaum mehr substanzielle Erhöhungen realisierbar ohne enorme ökologische Folgekosten – wie bei Rheinkraft- oder Ausleitkraftwerken. Es macht mehr Sinn, unsere Anstrengungen auf die Windkraft zu fokussieren. Ein Windkraftwerk liefert rund zwei Drittel des Stroms im Winterhalbjahr und ist damit die ideale Ergänzung zur sommerlastigen Photovoltaik und Wasserkraft. Laut LKW könnte Windkraft 20 Prozent unseres Strombedarfs decken – fast gleich viel wie Wasserkraft. Zwei bis drei Windräder im Land würden den Eigenversorgungsgrad massiv erhöhen. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass Ruggell ein Windrad auf Gemeindegebiet prüft. Ist der Standort geeignet, müssen wir danach rasch ins Tun kommen. Dass die Ruggeller vom lokalen nachhaltigen Strom profitieren sollen, begrüsse ich sehr. Nur wenn die Anlage einen Nutzen für alle hat, steht man ihr positiv gegenüber.

Auch bei den weiteren geeigneten Standorten plädiere ich für ein rasches Vorangehen. Wenn wir unseren Eigenversorgungsgrad erhöhen wollen, sind Windkraftwerke der nächste logische Schritt. Sie sind mittelfristig umsetzbar – im Gegensatz zu Wasserkraftwerken, bei denen Jahrzehnte verstreichen, bis sie Strom liefern.

Sascha Quaderer
FBP-Landtagsabgeordneter

Durchschnittbetrachtung blendet Belastung bei grossen Klassen aus

Kommentar der Abgeordneten Bettina Petzold-Mähr

Mit einer Interpellation haben die Demokraten pro Liechtenstein weitere Fragen zum Thema Klassengrössen an die Regierung gestellt. Bereits 2022 hat die Regierung anlässlich der Beantwortung des FBP-Postulates zur Klassengrösse ausgeführt, dass nicht die maximale Klassengrösse, sondern der Betreuungsschlüssel relevant ist.

Weil der Betreuungsschlüssel im Vergleich zu anderen Ländern bei uns sehr gut sei, ortet das Bildungsministerium keinen Handlungsbedarf. Bereits damals hat die FBP-Fraktion zum Ausdruck gebracht, dass die Bildungsministerin mit einer Durchschnittsbetrachtung ausblendet, dass es Lehrpersonen gibt, die seit Jahren sehr grosse Gruppen weit über dem Durchschnitt unterrichten. Ja, im Schnitt ist alles OK, aber das war nicht der Auslöser des Zieles der Herabsetzung der Maximalgrösse. Die Bildungsministerin negiert diese Tatsache komplett. Die nun eingebrachte DpL Interpellation greift das Thema Klassengrösse erneut auf. Punkte sollen präzisiert werden, welche aus Sicht der DPL in der Postulatsbeantwortung zum gleichen Thema von der Regierung nicht zufriedenstellend beantwortet wurden.

FBP bleibt aktiv

Ich persönlich begrüsse diese Interpellation und bin schon sehr auf die Antworten gespannt. Die FBP-Fraktion wird auf Basis dieser Ergebnisse entscheiden, welchen Vorstoss wir nächstes Jahr einreichen werden. Da bis zum heutigen Tag, von Seiten der Regierung keine Signale erkennbar sind, dass hier etwas unternommen wird, sind wir uns bewusst, dass hier ein Vorstoss aus dem Landtag kommen muss!

Bettina Petzold-Mähr
FBP-Landtagsabgeordnete

Impressum

Herausgeberin: Fortschrittliche Bürgerpartei · Redaktion: Rainer Gopp
Fortschrittliche Bürgerpartei, Altenbach 8, 9490 Vaduz, Telefon +423 237 79 40, www.fbp.li, info@fbp.li

FBP